

Klaus Oppermann

**Der Auskunftsanspruch  
im gewerblichen Rechtsschutz  
und Urheberrecht**

Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung  
der Produktpiraterie



BERLIN VERLAG  
Arno Spitz GmbH

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen .....	XV
Einleitung .....	1
1. Teil: Bestehende Auskunftsansprüche und deren Eignung zur Bekämpfung der Produktpiraterie .....	5
A. Entwicklung und Grundlagen eines Auskunftsanspruchs im Zivilrecht .....	5
I. Dogmatische Grundlagen .....	6
1. Erweiterte Rechtsauslegung und Rechtsfortbildung der Geschäftsführung ohne Auftrag .....	6
2. Ergänzende Vertragsauslegung .....	8
3. Grundsatz von Treu und Glauben .....	9
II. Voraussetzungen .....	11
1. Sonderverbindung .....	11
a) Grundsatz .....	11
b) Ausnahmeentscheidungen auf dem Gebiet des Erbrechts .....	12
c) Der Ansatz von <i>Lüderitz</i> .....	13
2. Rechtliches Interesse .....	14
3. Subsidiarität .....	16
a) Unmöglichkeit oder Unzumutbarkeit der eigenen Informationsbeschaffung .....	16
b) Unverschuldet Ungewissheit des Gläubigers .....	17
c) Zumutbarkeit der Auskunftserteilung für den Schuldner .....	17
B. Der Auskunftsanspruch im gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht .....	18
I. Auskunftsanspruch als Hilfsanspruch .....	20
1. Akzessorietät des Auskunftsanspruches als Hilfsanspruch .....	20

2. Hilfsanspruch im Rahmen von Schadensersatz und Bereicherung .....	21
a) Zum Schadensersatzanspruch .....	21
aa) Konkrete Schadensberechnung .....	23
bb) Berechnung aufgrund der Lizenzanalogie .....	25
cc) Berechnung aufgrund des Verletzergewinns .....	27
dd) Differenzierung durch die Rechtsprechung .....	27
b) Zum Bereicherungsanspruch .....	29
3. Hilfsanspruch im Rahmen von Beseitigung und Unterlassung .....	30
a) Zum Unterlassungsanspruch .....	31
b) Zum Beseitigungsanspruch .....	31
aa) Beseitigungsansprüche neben bestehenden Unterlassungsansprüchen .....	32
bb) Bisherige Entscheidungen .....	33
cc) Eignung zur Bekämpfung der Produktpiraterie .....	36
α) Störung auf Abnehmerebene .....	36
αα) Der Begriff des Störers .....	37
ββ) Die Verfügungsgewalt oder Störungsbeseitigungsmöglichkeit des Störers .....	38
β) Störung auf Lieferantenebene .....	41
4. Begrenzung durch einen Wirtschaftsprüfervorbehalt .....	42
5. Zusammenfassung: Eignung des Auskunftsanspruch als Hilfsanspruch zur Bekämpfung der Produktpiraterie .....	47
 II. Selbständiger Auskunftsanspruch .....	47
1. Drittauskunft als Schadensersatz- und Beseitigungsanspruch auf der Grundlage von Vertriebsbindungen .....	48
a) Begriffe .....	48
b) Anspruch gegen den Außenseiter auf Auskunft über dessen Lieferanten .....	50
aa) Auskunft als Naturalrestitution .....	51
α) Kausalität der schädigenden Handlung .....	52
β) Schaden beim Vertriebsbinder und mögliche Ersatzformen .....	53

γ) Kritik an der herrschenden Auffassung .....	55
αα) Auslegung des § 249 Satz 1 BGB .....	55
ββ) Folgen der herrschenden Meinung .....	57
δ) Ergebnis .....	58
bb) Auskunft als Störungsbeseitigung .....	60
α) § 1 UWG und § 1004 BGB analog .....	60
β) § 1 UWG analog .....	62
γ) Auskunft als Rechtsfolge eines Beseitigungsanspruchs .....	63
αα) Inhalt der Beseitigungspflicht .....	65
ββ) Eigenhändige Beseitigung .....	70
δ) Ergebnis .....	70
c) Anspruch gegen den gebundenen Händler auf Auskunft über dessen Abnehmer .....	71
d) Ergebnis .....	72
2. Drittauskunft aufgrund des anerkannten Auskunftsanspruchs .....	73
a) Sonderverbindung .....	74
b) Fehlendes rechtliches Interesse des Auskunftsverlangenden .....	77
c) Gleichwertige Anspruchsmöglichkeit gegen den Auskunftsverpflichteten .....	80
d) Grundsätzliche Überlegungen .....	82
aa) Grundlage und Wortlaut der reichsgerichtlichen Formel für den anerkannten Auskunftsanspruch .....	82
bb) Systematische Einordnung .....	83
cc) Ausforschung durch erteilte Drittauskunft .....	86
e) Ergebnis .....	90
3. Drittauskunft aufgrund anderer Vorschriften .....	90
a) Besichtigungs- und Einsichtsanspruch gemäß §§ 809, 810 BGB .....	91
aa) Besichtigungsanspruch gemäß § 809 BGB .....	91
bb) Urkundeneinsicht gemäß § 810 BGB .....	92
b) Zivilprozessuale Möglichkeiten .....	93
aa) Urkundenvorlage gemäß §§ 421, 422 ZPO .....	93
bb) Selbständiges Beweisverfahren gemäß §§ 485 ff ZPO .....	94
c) Der Ansatz <i>Stürners</i> .....	94
d) Der Ansatz von <i>Tilmann</i> und <i>Banzhaf</i> .....	96

e) Ergebnis .....	98	
III. Gesamtergebnis des ersten Teils .....	99	
2. Teil: Das Produktpirateriegesetz und der daraus folgende Auskunftsanspruch .....		101
A. Das Produktpirateriegesetz .....	101	
I. Gesetzgebungs geschichte .....	101	
II. Konzeptionelle Grundlagen des Produktpirateriegesetzes .....	105	
1. Ziel des Gesetzes .....	106	
2. Horizontaler Ansatz .....	106	
3. Sondertatbestand der Produktpiraterie .....	109	
a) Tatbestandliche Regelung .....	109	
b) Regelung mit unbestimmten Rechtsbegriffen .....	113	
4. Regelung im Wettbewerbsrecht .....	114	
III. Internationale Anstrengungen und Überlegungen .....	117	
B. Der neu geschaffene Drittauskunftsanspruch nach dem Produktpirateriegesetz .....	119	
I. Tatbestandsmerkmale der neuen Regelungen .....	120	
1. Die Verletzungshandlung .....	120	
a) Grundsatz .....	120	
b) Subjektive Merkmale auf Verletzerseite .....	121	
aa) Gewerbliches Handeln .....	121	
bb) Nachbildungen im Urheber- und Geschmacks musterrecht .....	122	
cc) Schuldvorwurf .....	125	
2. Widerrechtlichkeit .....	125	
II. Die Verhältnismäßigkeitsprüfung .....	127	
1. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im öffentlichen Recht .....	128	

2. Objektive Notwendigkeit der zu erteilenden Auskunft .....	129
a) Grundsätzliche Überlegungen .....	129
b) Zumutbarerweise selbst zu beschaffende Informationen .....	130
3. Subjektive Zumutbarkeit der zu erteilenden Auskunft .....	132
a) Strafrechtliche Geheimhaltungsinteressen .....	133
aa) Selbstbeziehtigung .....	133
bb) Drittbeziehtigung .....	135
b) Vertragsstrafe und ordnungsmittelrechtliche Geheimhaltungsinteressen .....	137
c) Gewerbliche Geheimhaltungsinteressen .....	140
aa) Gewerblicher Geheimnisschutz aufgrund bestehender gesetzlicher Regelungen .....	140
bb) Begriff und Entwicklung des gewerblichen Geheimnisses .....	141
cc) Ausgangssituation bei der Drittauskunft .....	143
dd) Vergleichbare Situation bei dem Auskunftsanspruch als Hilfsanspruch? .....	143
ee) Abwägung der gegenseitigen Interessen .....	145
α) Differenzierung nach Verletzertypen .....	145
β) Einzelne Abwägungskriterien .....	146
III. Gegenstand und Umfang der zu erteilenden Drittauskunft .....	149
1. Gegenstand der Drittauskunft .....	149
a) Grundsatz .....	150
b) Belegvorlage .....	151
aa) Auslegung der §§ 259, 260 BGB .....	152
bb) Vergleich mit anderen Regeln und Entscheidungen .....	153
cc) Eigenes Interesse des Verletzten .....	156
c) Unverzüglichkeit der Auskunftserteilung .....	156
aa) Verzugsschaden des Verletzten .....	157
bb) Prozeßkostengesichtspunkt .....	158
2. Umfang der Drittauskunft .....	159
a) Zu benennende Personen .....	160
aa) Herstellerbegriff .....	160

bb) Der gewerbliche Abnehmer .....	162
b) Menge .....	163
c) Verletzungshandlung in zeitlicher Hinsicht .....	164
aa) Beginn des Auskunftszeitraums .....	164
α) Situation beim Auskunftsanspruch als Hilfsanspruch .....	164
β) Situation beim Drittauskunftsanspruch .....	165
bb) Ende des Auskunftszeitraums .....	167
<b>IV. Auskunftserteilung im einstweiligen Verfügungsverfahren .....</b>	<b>168</b>
1. Bisherige Rechtslage .....	169
2. Einführung der einstweiligen Verfügung für den Auskunftsanspruch .....	171
3. Offensichtlichkeit der Rechtsverletzung .....	172
a) Verfügungsanspruch .....	173
aa) Materielle Voraussetzungen .....	174
α) Schutzfähigkeit .....	174
β) Schutzmfang .....	176
γ) Einwendungen .....	177
bb) Formelle Voraussetzungen .....	178
α) Denkbare Sicherungsmaßnahmen im Rahmen einstweiliger Verfügungen .....	178
β) Glaubhaftmachung .....	182
b) Verfügungegrund .....	186
c) Verfahrensgesichtspunkte .....	188
<b>C. Exkurs : Der Auskunftsanspruch nach erfolgter Zollbeschlagnahme .....</b>	<b>190</b>
I. Verfahren .....	190
II. Praktische Problemebereiche .....	191

3. Teil: Kritische Würdigung der geltenden Gesetzeslage - Einsichtsrecht für den Schutzrechtsinhaber <i>de lege ferenda</i> .....	195
 A. Das Akteneinsichtsrecht des Verletzten gemäß § 406e StPO	
- Ein effizienter Weg, die Produktpiraterie zu bekämpfen? .....	195
 I. Rechtsgrundlage für ein Akteneinsichtsrecht des Verletzten .....	196
 II. Regelungsbereich des § 406e StPO .....	198
1. Beweissicherungsfunktion im Ermittlungsverfahren .....	198
2. Beweissicherung gegenüber Dritten .....	200
 III. Voraussetzungen von § 406e StPO .....	202
1. Verletztenbegriff .....	203
2. Berechtigtes Interesse des Verletzten .....	203
3. Versagungsgründe gemäß § 406e Abs. 2 StPO .....	204
a) Schutzwürdige Interessen des Beschuldigten oder anderer Personen gemäß § 406e Abs. 2 Satz 1 StPO .....	204
b) Gefährdung des Untersuchungszwecks oder erhebliche Verfahrensverzögerung gemäß § 406e Abs. 2 Satz 2 StPO .....	206
 IV. Effektivität des strafprozessualen Akteneinsichtsrechts .....	207
 B. Einsichtsrecht für den verletzten Schutzrechtsinhaber im Zivilverfahren .....	212
 I. Bestehende zivilrechtliche Grundlagen .....	212
 II. Notwendigkeit eines Einsichtsrechts zugunsten des Verletzten .....	215
1. Vollstreckung eines Auskunftsanspruchs .....	215
2. Verfahren der eidesstattlichen Versicherung .....	218
3. Entscheidung .....	220

<b>III. Ausgestaltung eines Einsichtsrechts zugunsten des Verletzten</b> .....	<b>222</b>
1. Die Anton-Piller-Order nach englischem Recht .....	223
a) Grundstruktur und Entwicklung der Anton-Piller-Order .....	223
b) Voraussetzungen .....	225
c) Schutzvorrichtungen zugunsten des Beklagten .....	226
2. Folgerungen für das deutsche Recht .....	227
a) Durchführung eines Einsichtsrechts .....	228
aa) Auswahl des Sachverständigen .....	229
bb) Konkretisierung der einzusehenden Geschäftsunterlagen .....	233
cc) Zeitpunkt der Beantragung .....	234
b) Einsichtnahme im einstweiligen Verfügungsverfahren .....	235
c) Schutzmaßnahmen zugunsten des Schuldners .....	237
aa) Einwendungsmöglichkeit des Schuldners .....	237
α) Das Anhörungsverfahren .....	238
β) Rechtliches Gehör des Verletzten .....	239
bb) Weitere Beschränkungen des Einsichtsrechts .....	242
d) Kosten des Sachverständigen .....	243
e) Vorschlag einer gesetzlichen Regelung .....	246
<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>247</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>253</b>